

Hartz IV: Bares für Bildung

VON EVA QUADBECK

BERLIN Das Bildungspaket für Kinder aus Hartz-IV-Familien soll nachgebessert werden. Das Arbeitsministerium wird der Forderung der CSU nachgeben, dass die Leistungen für Kinder nicht zwingend über Gutscheine oder Chipkarten abgerechnet werden müssen. Dies bestätigten Regierungskreise. Vielmehr soll auch eine direkte Barabrechnung möglich sein. Allerdings sollen nicht die Eltern das Geld in die Hand bekommen, sondern es soll direkt an Vereine, Musikschulen oder Nachhilfe-Institute fließen. Die Länder sollen selbstständig entscheiden können, welches System sie installieren.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wird ihr Gesetz zur Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze und zum Bildungspaket für Kinder am Mittwoch ins Kabinett einbringen. Bis dahin soll der Gesetzentwurf an einigen Punkten nachgebessert werden. Die Ministerin, die nach einem Urteil des

Bundesverfassungsgerichts die Regelsätze neu berechnen musste, hatte von allen Seiten Kritik geerntet. Vor allem das Bildungspaket von rund 250 Euro im Jahr pro Kind in einer Hartz-IV-Familie war auf Skepsis gestoßen. Die Bundesagen-

„Vor Ort müssen die Dinge unbürokratisch organisiert werden“

tur für Arbeit, die nach dem bisherigen Gesetzentwurf einen Zuschuss für das Mittagessen, Schulausflüge, Nachhilfe und die Freizeitaktivitäten wie Sport und Musik genehmigen sollte, hat dargelegt, dass eine solche Fülle an neuen Aufgaben auch mehr Personal bedeutet. Die Bundesagentur fordert, mehr Aufgaben Ländern und Kommunen zu übertragen.

Arbeitsministerin von der Leyen zeigte sich dafür offen. Auch die

Fraktionen der Regierungskoalition sind zu Änderungen bereit. „Ich bin für Vielfalt. Vor Ort müssen die Dinge unbürokratisch organisiert werden“, sagte FDP-Fraktionsvize Miriam Groß unserer Zeitung. „Es ist egal, ob man der Bundesagentur oder den Jugendämtern den Aufwand für die Organisation der Leistungserbringung zahlt.“

In Sachen Hartz-IV-Sätze und Bildungspaket steht der Koalition ein Verhandlungsmarathon bevor. Es gibt einen ehrgeizigen Zeitplan: Am 3. Dezember soll der Bundestag zustimmen, am 17. Dezember der Bundesrat. Bis dahin müssen die SPD-geführten Länder zur Zustimmung bewegt werden. Das könnte teuer werden: Sie fordern den weiteren Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, um auch Kindern aus Familien, die nicht Hartz-IV-Leistungen beziehen, Angebote machen zu können.